Berlin.
Montag, 15. Juni.

(Abend-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 272.
1857. — 10ter Jahrgang.

Abonnement f. Berlin: viertelj. 1 Thlr. 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr. 15 Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24 Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Kanonier. 31. Inserate die Petitzeile 2 Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: Reiseroute des Kaisers von Rußland; der russische Zolltarif. Gotha: der Landtag. Hamburg: Prinz Oskar; Polizeiliches.
Schweiz: die Verhandlungen der Bundesversammlung; die eidgenössische Staatsrechnung.
Frankreich. Paris: die Wahlen und die Opposition; Tagesbericht.
Großbritannien. London: Parlamentsverhandlungen; das Nicottrennen; der British-Bank-Prozeß; der französische Journalismus und Belgien; Monsterkonzert.
Italien: Theaterbrand in Livorno. Bologna: Ankunft des Papstes.
Berliner Nachrichten.

Deutschland.

* **Berlin**, 15. Juni. Die Reise-Route des Kaisers und der Kaiserin von Rußland ist, wie die „D. Z." meldet, nach den neuesten Modifikationen, folgende: Am 28. Juni Abreise von St. Petersburg. Am 27. Juni Ankunft in Kiel und an dem nämlichen Tage in Hamburg. Am 28. Juni Ankunft und Uebernachten in Göttingen. Am 29. Juni Ankunft in Darmstadt. Am 30. Juni und 1. Juli Aufenthalt in Darmstadt. Am 2. Juli Abreise nach Wildbad. Am 3 und 4. Juli Aufenthalt in Wildbad. Am 5. Juli Abreise nach Darmstadt und Uebernachten daselbst. Am 6. Juli Ankunft in Rissingen.

— Nach einer telegraphischen Depesche des „Nord" aus Berlin hat die preußische Regierung bereits die offizielle Anzeige erhalten, daß der Kaiser Alexander den neuen russischen Zolltarif genehmigt hat.

* **Gotha**, 12. Juni. Der Sonderlandtag des Herzogthums Gotha hat auf Berufung des Herzogs heute seine Sitzungen wieder begonnen. Hauptsache zu dieser Berufung ist, wie bereits früher erwähnt, die nothwendige Zustimmung der Sonderlandtage zu den Unionsgesetzen. An der Spitze der Eingänge steht daher ein herzoglicher „Erlaß mit dem Ersuchen, zu den Beschlüssen des gemeinschaftlichen Landtags über ein neues die vollständige Vereinigung der Herzogthümer Koburg und Gotha herbeiführendes Staatsgrundgesetz, das Einführungsgesetz hierzu und das Gesetz, die Organisation des Staatsministeriums betreffend, die Zustimmung zu ertheilen." Außerdem befindet sich unter den Vorlagen der Antrag auf Verlängerung des zu Ende dieses Monats ablaufenden gothaischen Etats für den Zeitraum eines Jahres. — Zu Anfang des künftigen Monats soll die Einberufung des koburgischen Sonderlandtags erfolgen, da bis dahin die wegen Kassation einiger Abgeordnetenwahlen nothwendig gewordenen Neuwahlen wohl erfolgt sein werden.

— **Hamburg**, 14. Juni. Prinz Oskar von Schweden ist gestern Nachmittag mit seiner Gemahlin hier angekommen und heute früh nach Lübeck und Travemünde weitergereist. Er wird sich wahrscheinlich noch heute Abend, spätestens morgen früh an Bord des Schraubenlinienschiffes „Stockholm" begeben, um auf demselben die gleichnamige Hauptstadt zu erreichen. Während seines hiesigen Aufenthalts besuchten sich der schwedisch-norwegische Gesandte am preuß. Hofe, General Manshaq, der schwedisch-norwegische Gesandte in Paris, Freiherr von Manderström, der im Namen des Königs und als Repräsentant der Person desselben bei den Vermählungsfeierlichkeiten in Dänemark zugegen gewesen war und für einen der vertrautesten Rathgeber des Königs in politischen Dingen gilt, so wie der Kommandeur en chef des Linienschiffes „Stockholm", Kapitän Dedrick, in der Umgebung des Prinzen. Der obengenannte Kapitän übergiebt dem Prinzen bei dessen Ankunft in Travemünde das Kommando über die ganze, dort versammelte Flottille. — Der Prinz war hier unter dem Namen eines Barons v. Ludgarn (nach einem königl. Schlosse dieses Namens so genannt). — Gestern endlich hat sich unsere Polizeibehörde genöthigt gesehen, eine Bekanntmachung gegen das freie Umherlaufen der Hunde zu erlassen. Die Hunde sollen fortan einen Maulkorb tragen oder an der Leine geführt werden. Die nächste Veranlassung zu dieser Bekanntmachung hat wohl der traurige Vorfall gegeben, daß ein im Anfange des Frühlings von einem tollen Hunde gebissenes Kind, nachdem es Wochenlang einen ganz normalen Zustand gezeigt hatte, vor Kurzem plötzlich die Wasserscheu bekam und in Folge derselben starb. Einen Antrag auf Einführung einer Hundesteuer hat unsere Behörde, obwohl sie sonst im Steuerauflegen eben nicht karg ist und andere Staaten (jüngst noch Lübeck) darin vorgegangen sind, nicht gestellt.

Schweiz.

*** **Aus der Schweiz**, 13. Juni. Ueber die Verhandlungen der Bundesversammlung berichtet der „Bund": „Der Nationalrath versammelte sich vorgestern zur Berathung der Neuenburger Angelegenheit. Korridor und Tribüne waren sehr stark vom diplomatischen Korps, von Mitgliedern des Ständerathes und anderweitigen Zuhörern besetzt. Beim Namensaufruf fehlten 21 Mitglieder, unter denselben Hr. Stockmar, der seine Abwesenheit schriftlich mit der Unsicherheit weiterer Einwände gegen die Ratifikation des Vertrages von Paris, welcher nicht allen berechtigten Hoffnungen entspreche, begründet. Die Kommission, in deren Namen Dr. A. Escher berichtete, empfiehlt einmüthig die Annahme des bundesräthlichen Dekretsentwurfes. Nach Dr. Escher erhob sich Hr. Camperio und stellte das Amendement, in Art. 2. des Beschlußentwurfes folgende Verwahrung einzuschalten: „Die Bundesversammlung nimmt Vorbehalt der Aufrechterhaltung der von den Verträgen der Schweiz zuerkannten Rechte benuftragt den Bundesrath ꝛc." Ihm traten Bundespräsident Fornerod und Dr. Escher entgegen, worauf bei der Abstimmung das Amendement Camperio nur 3 Stimmen auf sich vereinigte. Bei der Hauptabstimmung sodann gewann der Antrag der Kommission (respektive des Bundesrathes) auf unbedingte Ratifikation des Pariser Vertrags bei Namensaufruf die Stimmen aller anwesenden 103 Mitglieder des Rathes. Hierauf ward der Bericht des Generals Dufour über den jüngsten Feldzug entgegengenommen und die Hingebung des Generals wie des Generalstabschefs Frey-Herose bestens verdankt. Auf den Wunsch des Bundesrathes wurden die Traktanden über die Juragewässerkorrektion und die Bewandung des Kriegsanlehens schon jetzt von den Räthen an Hand genommen, und wird eine Kommission dafür ernannt werden. Schließlich brachten die HH. Wuilleret und Lusser eine Motion auf gänzliche Niederschlagung des Landesverrathsprozesses (resp. Amnestirung Siegwart-Müller's) vor; sie kommt in der ordentlichen Sommersession zur Berhandlung.

Der Ständerath ist gestern (13.) nach einer mehrstündigen Diskussion, an welcher sich nächst dem Berichterstatter der Kommission, Dubs, die Herren Vogt, Dr. Kern und Dr. Blumer betheiligten, in der Neuenburger Angelegenheit der Schlußnahme des Nationalrathes einstimmig beigetreten. Anwesend waren 36 Abgeordnete. Herr Vogt stellte keinen Gegenantrag, sondern erklärte ausdrücklich, mit der Mehrheit stimmen zu wollen, weil die Situation eine gezwungene sei.

Auf Mittags 12 Uhr war der Nationalrath noch einmal einberufen, um den Beschluß des Ständerathes entgegen zu nehmen. Nach einem kurzen Rückblick auf die erfreuliche Erledigung des Konfliktes, bei welchem sich die Vorzüglichkeit unserer Bundeseinrichtungen neuerdings glänzend bewährt habe, und mit dem Ruf: „Es lebe die Eidgenossenschaft, es lebe Neuenburg!" erklärt der Präsident die außerordentliche Session für geschlossen. Um 3 Uhr Nachmittags wird die Centralbahn alle Abgeordneten, welche zur Heimreise jene Richtung verfolgen, vom Wylerfeld weg mit einem Extra-Bahnzug befördern."

Nachträglich mag noch erwähnt werden, daß der Bundesrath in seiner Botschaft sich auch über den Indiskretionsvorwurf der französischen Regierung und ihres „Moniteur" wegen Veröffentlichung des Vertrags verbreitet hat. Zu seiner Rechtfertigung erklärte der Bundesrath in der Depesche an Herrn Kern: Der Bundesrath müsse den innern Verhältnissen, so wie dem politischen System der Schweiz volle Rechnung tragen und dürfe diese Rücksichten ohne Schaden und Gefahr nicht mißachten. Die Oeffentlichkeit sei mit unsern republikanischen Einrichtungen innig verwachsen, und grade über die vorliegende Frage hätten die eidgenössischen Räthe noch nie geheim verhandelt. Der Hauptgrundsatz unserer Einrichtungen verlange, daß die Behörden sich nach dem Willen des Landes richten. Sie müssen daher fortwährend dessen Meinung hören; und um dies mit Erfolg thun zu können, müssen sie ihm die Mittel bieten, sich über eine Sache gehörig aufzuklären ꝛc."

Die eidgenössische Staatsrechnung für 1856 zeigt 16,298,909 Fr. Einnahme und 15,492,095 Fr. Ausgabe, also einen Vorschlag von 806,679 Fr. (mit Einschluß von 39,605 Fr. Vorschlag der Generalrechnung.) Um diesen Vorschlag vermehrt, betrug das eidgenössische reine Vermögen am Schluß des Jahres 9,936,711 Fr. Da zu letzterem noch hinzutreten 467,773 Fr. Invalidenfonds, 1,321,976 Fr. Genies-Invalidenfonds, 54,857 Fr. eidg. Schulfonds, so stellt sich das Gesammtvermögen auf 11,761,115 Fr. — Die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten warnt öffentlich die Auswanderer vor Ankauf amerikanischer Passagierbillete in Europa; einzig in Neu-York seien im vorigen Jahre die Auswanderer durch dergleichen Billete um 12 Mill. Fr. betrogen worden.

Frankreich.

△ **Paris**, 13. Juni. Die Wahlangelegenheiten gehen täglich schlechter für die Pariser Opposition. Neben den beiden in den Blättern veröffentlichten Listen schleichen noch eine Anzahl Privatstandsnahmen her, Produkte persönlicher Eitelkeit, die sich glücklicher fühlt, die Ehre einiger hundert Stimmen zu erlangen, als der Partei den Sieg zu verschaffen. Ferner scheint es, daß die eigentliche Arbeiterbevölkerung weder die eine noch die andere der beiden Listen annimmt, sondern vielmehr beschäftigt ist, eine rein demokratische aufzustellen. Wie bei solcher Zerrissenheit der Parteien ein Wahlsieg erzielt werden soll, ist schwer abzusehen. Die Regierung würde nichts dringender begehren, als wenn sie in Paris einen vollständigen Triumph erzielte, und ihre Gegner vernachlässigen haben alles gethan, um ihr denselben zu verschaffen. Aus dem, was jetzt bei den Wahlen vorgeht, ergiebt sich so viel, daß wenn heute das bestehende Regiment wechselte, die alten Parteinuancen von 1849 fast in völlig unveränderter Gestalt auf den Schauplatz treten würden, alles was von einer Fusion auch nur der gemäßigten demokratischen Fraktionen gesagt worden ist, erweist sich als nichtig. Dr. Kern wird nächsten Dienstag aus Bern erwartet. Die schweizer Konferenz wird dann am 17. oder 19. zusammentreten, um die Ratifikationen auszutauschen.

X **Paris**, 13. Juni. Die Spaltung innerhalb der Opposition wird immer schroffer und es haben der heute Artikel des „Siècle" von heute Morgen und die heute Auferfigung, welche die „Presse" heute Abend der „Versammlung der ehemaligen Minister, Staatsräthe und Deputirten" angedeihen läßt, jede Annäherung und Aussöhnung unmöglich gemacht. Die öffentliche Meinung beschäftigt sich mit diesem „Ereignisse" eben so lebhaft, als die offizielle und offiziöse Presse ihr Möglichstes thut, um dasselbe zu Gunsten der Regierungs-Kandidaten auszubeuten. Uebrigens hat diese für die Einheit der Opposition sonst sehr bedauerliche Geschichte das gute Ergebniß, eine lebhafte Bewegung hervorzurufen, und zu bewirken, daß jetzt ohne allen Zweifel die bedeutende Majorität der Wähler sich an der Abstimmung betheiligen wird. Ein weiteres Interesse hat der Vorfall insoweit, als derselbe die Stellung mehrerer Journale vollständig verändert. Die „Presse" ist nicht von ihrem alten Programm abgewichen, keine Partei sondern nur eine Idee zu vertreten, und sich von mehr oder minder berechtigten Parteischritt in keiner Weise imponiren zu lassen. Der „Siècle" dagegen, bisher das offizielle Organ des Generals Cavaignac und seiner Freunde, hat nun dieser Stellung entsagt, sich von seinem „chefs de file" gelöst und einen Akt der Unabhängigkeit begangen. Die bekannten Mitglieder des Komités werden es Herrn Havin niemals verzeihen, daß er sie heute Morgen „diese Herren" genannt hat, und der „Siècle" ist von heute an nicht mehr als das offizielle Organ der „Partei des National" zu betrachten. Ein Abendblatt von demokratischer Färbung, die „Estafette," will diese Gelegenheit benützen und die bisherige Stellung des „Siècle" und die Partei der Herren von 1848 zu erhalten. Indessen zählt die „Estafette" nur 4000 Abonnenten, während das „Siècle" wie die „Presse" in 38,000 bis 42,000 Exemplaren erscheinen. Die sogenannte „Partei des National" hat also jedenfalls einen schlechten Tausch gemacht.

△△ **Paris**, 13. Juni. Gestern hat der „Courrier de Paris" endlich die vollständige Liste des Wahlkomité's veröffentlicht (die Namen sind auf telegraphischem Wege bekannt). Die Republikaner des „National", aus denen sie fast ausschließlich besteht, würden wahrscheinlich sämmtlich den Eid verweigern, worauf die Arbeiterbevölkerung bei den Handlungen, zu deren Unterstützung sie eingeladen wird, besonderen Werth zu legen scheint, indem es eben nur auf eine Kundgebung ankommen soll. „Siècle" und „Presse" greifen die Kandidaten des Komité lebhaft an; „wir werden, sagt die letztere am Schlusse, stets wie 1849 für die Freiheit gegen die Partei des „National" sein." — Das „Journal des Débats" giebt die Liste des Komités ohne jede Bemerkung wieder; in Betreff der andern sagt es: „Wir haben nicht nöthig zu bemerken, daß diese Liste die Namen von mehreren, übrigens ehrenwerthen, Männern enthält, deren Meinung nicht die unsrige ist und die eine gewaltige Verschiedenheit von uns trennt. Neben diesen Namen befinden sich ein paar andere, welche sich unseren Sympathien empfehlen und die wir mit Vergnügen durch die Wähler von Paris ausgezeichnet sähen. Wir nennen Herrn Bavin, ehemaligen Bizedirektor der Civilliste unter Ludwig Philipp, Herrn Ferdinand v. Lasteyrie, Mitglied unserer ehemaligen Versammlungen, Herrn Reynaud, ehemaligen Unterpräfekten von Strasburg, Herrn Bethmont, eines der ausgezeichnetsten Mitglieder des Barreau's von Paris, unsern Mitarbeiter Ch. Labonlaye, den General Cavaignac, der stets ein Recht auf die Dankbarkeit des Landes haben wird. Selbst die Männer, die wir so eben genannt haben, vertreten nicht alle dieselbe Nuance aber sie gehören sämmtlich der liberalen Sache an und haben einer der Ordnung ein hinreichendes Unterpfand gegeben. Wir schließen Niemand aus und begnügen uns damit anzudeuten wen wir vorziehen." — Was Herrn Labonlaye betrifft, so bemerkt das „Journal des Débats" dem Einwande der „Patrie" gegenüber, daß, wenn man denselben zwischen seiner Stelle am Collège de France und dem Platze als Deputirter nur die Alternative lasse, er letzteren vorziehen würde. — Auch in den Departements fehlt es nicht an Oppositions-Kandidaten, doch herrscht dort wo möglich noch mehr Zersplitterung, wie in der Hauptstadt. So werden z. B. im Yonne-Departement nicht weniger als vier Oppositions-Kandidaten genannt: Marie, Javal, Guichard und Charton.

Der gestrige „Moniteur" bringt in seinem amtlichen Theile mehrere Ernennungen von Senatoren (die Namen sind bereits auf telegraphischem Wege bekannt). Die Herren Haußmann und Pietri behalten daneben ihre bisherigen Stellen; einem Gerüchte zufolge würde jedoch Ersterer an die Stelle des zum Gouverneur der Bank von Frankreich ernannten de Germiny zum Gouverneur des Crédit foncier, Letzterer zum Direktor der Polizei von ganz Frankreich und Herr Collet-Meygret in diesem Falle zum Staatsrathe ernannt werden. Die Ernennung des Pariser Polizei-Präfekten zum Generaldirektor der Polizei würde gleichsam eine Wiederherstellung des ehemaligen Polizeiministeriums auf seinem frühe sein. Die Polizei soll sich genöthigt, einen eigenen Dienst von Stadtwachen zu organisiren, weil die nächtlichen Mauerzuschläge wieder anfingen, sehr häufig zu werden. — Als thätiger Direktor der transatlantischen Packetboot-Verwaltung wird Herr Arman, Schiffsbauer in Bordeaux, genannt, für den jetzt der Präsid der Gironde, Herr Mestange, arbeitet, um ihn als offiziellen Kandidaten für den gesetzgebenden Körper durchzusetzen. Das für Belgien so wichtige Gesetz, wodurch die ausnahmen und andere merkantilische, industrielle und finanzielle Gesetzbestimmungen, welche der Erlaubniß der belgischen Regierung bedürfen und dieselbe erhalten haben, ihre sämmtlichen Rechte auch in Frankreich ausüben und nach den im Kaiserthume bestehenden Gesetzen gerichtliche Handlungen vornehmen können, ist heute im Moniteur erschienen. Nach Artikel 2. dieses Gesetzes kann durch ein kaiserliches Dekret die Bevorzugung des Artikel 1. wie auf Belgien, so auf jeden anderen Staat übertragen werden. —

Der Graf von Chambord hat seinen Prozeß gegen die Domäne gewonnen. Eine Herrn Bonnet heute zugegangene telegraphische Depesche theilt nämlich mit, daß der kaiserliche Gerichtshof zu Dijon das Urtheil des Tribunals zu Gray umgestoßen und die Einsprache des Grafen von Chambord und seiner Schwester, der Herzogin von Parma, gegen die Reklamationen der Staatsdomänen-Verwaltung als zulässig erkannt hat. Der Graf und die Herzogin verbleiben somit wenn der Kassationshof nicht anders entscheidet, im Besitz der großen Waldungen, die von der Domänen-Verwaltung beansprucht worden. — Der Kaiser geht erst nach Beendigung der Wahlen nach Plombières. Der Tag seiner Abreise ist auf den 24. oder 25. dieses Monats festgesetzt. — Das Evolutions-Geschwader unter Befehl des Vice-Admirals Trehouart ging am 12. zu Toulon in See zu Uebungen vorzunehmen. — Die Königin von Oude ist in Paris eingetroffen. — Mehrere Journalisten, worunter Herr Bareton vom „Pays", Gonesse, von dem „Courrier de la Loire", und A. Bachmann, haben den persischen Sonnen-Orden in Brillanten erhalten.

Die letzten Nachrichten aus Kabylien (7. Juni) melden, daß der Marschall Randon sich immer noch in Sudel-Arbe befand und die Arbeiten, welche die französische Herrschaft in Kabylien sichern sollen, mit dem größten Eifer betrieb. Das Fort Napoleon wird in dem genannten Orte errichtet werden; diese in einem fruchtbaren Lande gelegene Position beherrscht das Land der Beni-Raten. Die Straße, welche das Fort Napoleon mit Tizi-Ouzou verbinden soll, wird über die abschüssigen Abhänge der Beni-Yenni geführt werden. Die Truppen der 3 Abtheilungen arbeiten an dieser Straße mit dem größten Eifer, und man glaubt, daß sie am 15. Juni fertig sein wird. An diesem Tage werden die militärischen Operationen gegen die Stämme, die sich noch nicht unterworfen haben, und besonders gegen die Beni-Mangellat und die Beni-Yenni begonnen werden.

Großbritannien.

Parlamentsverhandlungen vom 11. Juni. Im Oberhause zeigte Lord Lyndhurst ein Amendement an, das er bei der 3. Lesung der Ehescheidungsbill stellen wird. Lord St. Leonards brachte eine Bill zur Bestrafung ehelicher Brutalitäten (trautous) der Ehemänner ein. Bold, sagte er, wird man im ganzen Lande vergebens einen Gentleman suchen, der die Mißhandlungen seines Kutschers oder Stallknechts wird vertheidigen wollen. Da der Gesetzentwurf des Attorney-General die Annahme einer solchen Vertrauensfrage gestattet macht, so erscheint Billigkeit wie Politik, daß der Boden aufhöre, das Eigenthum einer Klasse, nämlich eine unbezahlte Bloterei zu sein, und daß dem Kutscher auch ein gewisser Gewinn von dem verwalteten Vermögen zufallen dürfe.

Im Unterhause verlangt B. Smith (Präsident des Indischen Kontrolamts) auf eine Interpellation von Rich, daß die Indische Regierung bei der Unterdrückung der neulichen Militärverbrechen in der Bengalischen Armee es durchaus nicht an dem erforderlichen Grade von Festigkeit habe fehlen lassen. Mißbräuche hätten sich in der Verwaltung des Krongutes, Herzogthum von Lancaster genannt, aber die bereits vorgenommenen Verkäufe, Anläufe und Tauschgeschäfte. Er wisse nicht woher es komme, daß der Ertrag der Domaine so lange stationär bleibt, während ringsherum alle Grundstücke in Werth gestiegen. Vorigen Jahr habe der Ertrag sich nur auf 38,000 £ belaufen, und von dieser Summe fließen nicht mehr als 13,000 £ in die Königliche Privatkasse. Die Domäne werde eben von einem Heuschreckenschwarm von Beamten aufgefressen. — 1 Kanzler, 1 Vicekanzler, 2 General-Auditeure, 15 Steuer-Einnehmer und 20 Vögte — und schändlich genug ist es, Ihrer Majestät so die Frucht ihres Gutes vor dem Munde wegzunehmen und vor dem Publikum so zu thun, als ob die Königin Wunder was für Ausgaben von dem Herzogthum hätte. Unter Anderem erwähnt er auch folgenden Uebelstand. Die Verwaltung hat die Bergwerke des Herzogthums an Privatleute verpachtet. Die Bleien-Pächter unterzeichnen häufig große Wörter und Landstriche, deren Eigenthümer den Bergbau ebenfalls von der Verwaltung gepachtet haben. In einem Dorfe, das er besuchsweise genannt, sind alle Häuser verdeckt, alle Mauern geschwungen und die Einwohner leiden, und die Pächter der Bergwerke haben kein Recht